

Parlamentssitzung vom 18. Juni 2007

Beantwortung 0705

Interpellation Mark Stucki (FDP) betr. Verbot elektronischer Geräte auf Könizer Schularealen - nicht durchdachte Hauruckübung?

Text der Interpellation

Gemäss Communiqué der Zentralen Schulkommission der Gemeinde Köniz soll ab dem nächsten Schuljahr ein Verbot nicht nur für den Gebrauch, sondern auch für das Aufsichttragen von elektronischen Geräten (Mobiltelefone, Organizer, MP3-Player usw.) eingeführt werden, dies auch ausserhalb des Unterrichts und auf dem gesamten Schulareal. Das Totalverbot soll nach einer „Versuchsphase“ in der das Einschalten der Geräte untersagt ist, ab Sommer in Kraft treten. Ein Verbot des Gebrauchs in der Unterrichtszeit ist sicher sinnvoll, die geplante (und schlecht kommunizierte) radikale Massnahme wirft jedoch verschiedene Fragen auf, die der Gemeinderat gebeten ist, zu beantworten.

1. Ist in der Gemeinde Köniz massiver Missbrauch von elektronischen Geräten an Schulen festgestellt worden? Wenn ja, in welcher Form?
2. Auf was für eine Rechtsgrundlage stützt sich das geplante Verbot, insbesondere betreffend unterrichtsfreie Zeit?
3. Wie stellt sich der Gemeinderat zu Frage, ob ein derartiges Verbot, insbesondere betreffend unterrichtsfreie Zeiten, einen Eingriff in den Privatbereich darstelle, nicht verhältnismässig ist und so allenfalls die Verfassungsmässigkeit in Frage gestellt werden muss?
4. Ist es Aufgabe der zentralen Schulkommission über die mögliche individuelle Strahlenbelastung (die betroffenen Geräte verfügen über eine geringe Strahlungsdistanz) von Schülerinnen und Schülern durch persönliche Geräte zu befinden und grundlegende Fragen des menschlichen Kommunikationsverhaltens zu regeln?
5. Wie stellt sich der Gemeinderat die Durchsetzung des Verbots vor? Werden die Lehrpersonen als Hilfspolizisten eingesetzt?
6. Ist es in einer modernen Gesellschaft, nach Meinung des Gemeinderates, nicht eine Notwendigkeit, dass insbesondere Kinder von berufstätigen Eltern, vor und nach der Schule (Sport, externe Kinderbetreuung usw.) über ein Kommunikationsmittel verfügen können, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen?
7. Wird der Gemeinderat darauf hinwirken, dass auf ein Totalverbot in diesem Ausmass verzichtet wird?

Begründung

So sinnvoll und selbstverständlich ein Verbot des Gebrauchs elektronischer Geräte während des Unterrichts und allenfalls während Schulpausen ist, so fragwürdig und unpraktikabel scheint das flächendeckende Totalverbot einer Vielzahl elektronischer Geräte auf allen Schularealen der Gemeinde auch ausserhalb des Unterrichts. Zumindest wird der verantwortungsvolle Umgang mit den entsprechenden Geräten mit Sicherheit durch Totalverbote nicht gefördert. Nachdem Fachleute in den letzten Monaten vermehrt darauf hinwiesen, dass der Gebrauch von Mobiltelefonen kaum mit Gewalttaten unter Jugendlichen in Verbindung gebracht werden kann, wird nun durch die zentrale Schulkommission eine diffuse, allgemeine Begründung gegeben (Strahlenbelastung, Kommunikationsverhalten usw.), die eher nach übertriebener Technologiefeindlichkeit und weltanschaulicher Voreingenommenheit,

als nach seriöser Auseinandersetzung mit der Frage moderner Kommunikationsmittel tönt. Es ist zumindest fragwürdig, ob ein Gremium mit ausschliesslich bildungsbezogenen Aufgaben, die Kompetenz hat oder haben soll, Verbote mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz und Auswirkungen weit über den Unterricht hinaus - verbunden mit Eingriffen in die individuellen Freiheiten - auszusprechen.

Eingereicht am 28. Februar 2007

Mark Stucki, Hanspeter Kohler (2)

Antwort des Gemeinderates

Die Mitglieder der Zentralen Schulkommission (Präsidentinnen und Präsidenten der Schulkommissionen) unterstützen die Neuausrichtung der Organisation des Könizer Bildungswesens und die Trennung zwischen strategischen und operativen Aufgaben. Sie haben deshalb am 6. Februar 2007 ihren ursprünglichen Beschluss in Wiedererwägung gezogen. Unter Berücksichtigung der Trennung von strategischen und operativen Aufgaben hat die Kommission anschliessend beschlossen, grundsätzlich am Handyverbot festzuhalten. Sie hat die Schulleitungskonferenz beauftragt, die Durchführung des Beschlusses zu regeln. Die Regelung soll zwischen den Schulen koordiniert sein.

Gemäss Beschluss vom 6. Februar 2007 soll das Handyverbot in die Leistungsvereinbarung zwischen der Zentralen Schulkommission und den Schulkommissionen aufgenommen werden. Der Entwurf liegt zur Zeit zur Stellungnahme bei den Schulkommissionen. Die Regelung, wie sie nach den Sommerferien gelten wird, ist deshalb noch nicht festgelegt.

Zu den Fragen:

1. *Ist in der Gemeinde Köniz massiver Missbrauch von elektronischen Geräten an Schulen festgestellt worden? Wenn ja, in welcher Form?*
 - Zum Glück ist in Köniz bisher kein massiver Missbrauch festgestellt worden. Es gab aber Fälle von unbefugten Filmaufnahmen.
2. *Auf was für eine Rechtsgrundlage stützt sich das geplante Verbot, insbesondere betreffend unterrichtsfreie Zeit?*
 - Die Zentrale Schulkommission stützt ihren Beschluss auf folgende kantonale rechtliche Grundlagen:
 - Volksschulgesetz, Art. 28 Abs. 1:
Die Schule sorgt für einen geordneten Schulbetrieb und ein förderliches Lernklima. Die Schülerinnen und Schüler haben die Regeln der Schule für das Zusammenleben einzuhalten, sowie die Anordnungen der Lehrerschaft und der Schulbehörde zu befolgen.
 - Volksschulverordnung, Art. 21
Aufgaben und Befugnisse der Schulkommission
b) der Erlass von Pflichtenheften, sowie Haus- und Pausenordnungen im Rahmen des übergeordneten Rechts;
 - Auf der Gemeindeebene gilt das Bildungsreglement, Art. 12, Ziff. 5, Buchstabe b)
Aufgaben der zentralen Schulkommission als zentrale Behörde:
 - *Sie befasst sich mit Bildungsangelegenheiten, die im Interesse einer einheitlichen Ordnung innerhalb der Gemeinde koordiniert werden müssen.*
3. *Wie stellt sich der Gemeinderat zu Frage, ob ein derartiges Verbot, insbesondere betreffend unterrichtsfreie Zeiten, einen Eingriff in den Privatbereich darstelle, nicht*

verhältnismässig ist und so allenfalls die Verfassungsmässigkeit in Frage gestellt werden muss?

- Der Beschluss der Zentralen Schulkommission bezieht sich nur auf die Schulzeit. Pausen gehören zur Schulzeit. Gemäss Volksschulverordnung erlässt die Schulkommission die Haus- und Pausenordnung. Der Beschluss greift somit nicht in den Privatbereich ein.
4. *Ist es Aufgabe der zentralen Schulkommission über die mögliche individuelle Strahlenbelastung (die betroffenen Geräte verfügen über eine geringe Strahlungsdistanz) von Schülerinnen und Schülern durch persönliche Geräte zu befinden und grundlegende Fragen des menschlichen Kommunikationsverhaltens zu regeln?*
- Eine Schul- und Pausenordnung dient der Regelung des Zusammenlebens. Es geht der Zentralen Schulkommission um diese Fragen.
5. *Wie stellt sich der Gemeinderat die Durchsetzung des Verbots vor? Werden die Lehrpersonen als Hilfspolizisten eingesetzt?*
- Die Durchsetzung eines Verbotes ist Sache der Schulbehörden. Diese sind in ihrem Kompetenzbereich dem Gemeinderat nicht unterstellt. Beschwerde- und Aufsichtsinstanz ist der kantonale Schulinspektor.
6. *Ist es in einer modernen Gesellschaft, nach Meinung des Gemeinderates, nicht eine Notwendigkeit, dass insbesondere Kinder von berufstätigen Eltern, vor und nach der Schule (Sport, externe Kinderbetreuung usw.) über ein Kommunikationsmittel verfügen können, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen?*
- Die Frage stellt sich in diesem Zusammenhang nicht, da der Beschluss der Zentralen Schulkommission nur die Schulzeit betrifft. Die Kinder können im Verantwortungsbereich der Eltern über die Kommunikationsmittel nach deren Gutdünken verfügen.
7. *Wird der Gemeinderat darauf hinwirken, dass auf ein Totalverbot in diesem Ausmass verzichtet wird?*
- Die Schulbehörden sind in ihrem Kompetenzbereich dem Gemeinderat nicht unterstellt. Beschwerde- und Aufsichtsinstanz ist der kantonale Schulinspektor. Der Gemeinderat verzichtet deshalb auf eine Stellungnahme zu dieser Frage.

Köniz, 25. April 2007

Der Gemeinderat